



## Niederschrift

### 9. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 23.06.2009
<b>Sitzungsbeginn:</b>	16:00 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:30 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 1.077

---

#### Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Herr Wollenberg, Stefan	DIE LINKE	
Frau Busch, Jutta	SPD	Teilnahme für Frau Dr. Orłowski
Frau Dr. Orłowski, Manja	SPD	Teilnahme ab 18:00 Uhr, Übernahme der Sitzungsleitung
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	Leitung der Sitzung bis 18:00 Uhr
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Utting, Brian	FDP/Familienpartei	Teilnahme für Herrn Gohlke
Frau Benirschke, Eva	Grüne/B90	
Frau Beyer, Kerstin	Behindertenbeirat	
Frau Bittrich, Sabine	Migrantenbeirat	
Herr Engels, Florian	SPD	
Herr Hübner, Frank	Familienpartei	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	
Herr Stolpe, Sven	DIE LINKE	Teilnahme bis 18:45 Uhr
Frau Weishaupt, Manuela	CDU/ANW	

#### Nicht anwesend sind:

Herr Klamke, Volker	SPD	Unentschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FDP/Familienpartei	Entschuldigt
Frau Michalske-Acioglu, Anke	SPD	Unentschuldigt
Herr Prinz-Schubert, Frank	Die Andere	Entschuldigt

Frau Wildgrube, Gudrun                      Schriftführerin

#### Gäste

Frau Ewers, Josefine	auch Teilnahme für die Beigeordnete Bildung, Kultur u. Sport
Herr Gessner, Torsten	BL Sport
Frau Dr. Herzel, Gabriele	DIE LINKE
Herr Bogel-Meyhöfer, Wolfgang	Staatliches Schulamt
Frau Knoblauch, Petra	Schulleiterin Karl-Foerster-Schule
Frau Frevert, Angela	Kreisschulbeirat
Frau Pichler, Anne	Stadtsportbund
Herr Lehmann, Dieter	Stadterneuerung
Herr Richter, Bernd	KIS
Herr Schulz, Rainer	Feuerwehr
Herr Beck, Markus	Bereich Bauaufsicht
Herr Hildebrandt, Karl	MAZ

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 26.05.2009
- 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 2.1 Sportförderbericht des Jahres 2008  
Vorlage: 09/SVV/0386  
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
  - 2.2 Weiterführende Gesamtschule für den Potsdamer Norden  
Vorlage: 08/SVV/1052  
Fraktion FDP/Familienpartei, Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
  - 2.3 Neubau einer weiterführenden Schule an der Pappelallee  
Vorlage: 09/SVV/0247  
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP/Familienpartei, Fraktion B90/Die Grünen
  - 2.4 Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 09/SVV/0082  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
  - 2.5 ÖPNV Anbindung Forststrasse und Montessori Schule  
Vorlage: 09/SVV/0352  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, CDU/ANW, FDP/Familienpartei
  - 2.6 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 09/SVV/0127  
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
  - 2.7 Aufwertung Außengelände Humboldt-Gymnasium  
Vorlage: 09/SVV/0147  
Fraktion FDP/Familien-Partei
  - 2.8 Filiallösung Humboldtgymsium  
bzgl. DS 09/SVV/0531  
Fraktion SPD, FDP/Familienpartei
  - 2.9 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung  
Vorlage: 09/SVV/0137  
Fraktion DIE LINKE
  - 2.10 Entlastung Karl-Foerster-Schule  
Vorlage: 09/SVV/0504  
Fraktion CDU/ANW, SPD, FDP/Familienpartei
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
  - 3.1 Information zum Aufnahmeverfahren LuBK, Ü 7 und Ü 11
  - 3.2 Übersicht über die durchgeführten und noch zu beendenden Baumaßnahmen an Schulen im Rahmen Ganztage
- 4 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

**zu 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 26.05.2009**

Zu Beginn der Sitzung sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt.

**Herr Schröder** bittet um Änderungswünsche zur Tagesordnung. Er informiert, dass der Antrag 09/SVV/0504 „Entlastung der Karl-Foerster-Schule“ durch die Stadtverordnetenversammlung in den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen wurde, aber nicht auf der Tagesordnung stehe. Da ihm ein Antrag auf Rederecht für die Schulleiterin der Karl-Foerster-Schule vorliege, schlägt er vor, den Antrag als TOP 2.10 einzuordnen und dem Antrag auf Rederecht zuzustimmen.

Es gibt keine Einwände gegen die Verfahrensweise.

**Herr Menzel** bittet unter TOP Sonstiges um Informationen zur Turnhalle im Babelsberger Park und zum Bolzplatz Groß Glienicke.

Die Ausschussmitglieder stimmen der gegenüber der Einladung veränderten Tagesordnung einstimmig zu.

**Herr Schröder** bittet um Hinweise oder Änderungswünsche zur Niederschrift der Sitzung am 26.05.2009.

Die Niederschrift wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

**Beschlusstext:**

**Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 26.05.2009 in der vorliegenden Fassung zu.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 2 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 2.1 Sportförderbericht des Jahres 2008**

**Vorlage: 09/SVV/0386**

**Herr Gessner** erläutert die Vorlage. Er verweist auf die positive Entwicklung der Mitgliederzahlen und den umfassenden Veranstaltungskalender.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an, die durch Herrn Gessner beantwortet werden.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Sportförderbericht des Jahres 2008 zur Kenntnis.**

**zu 2.2 Weiterführende Gesamtschule für den Potsdamer Norden**

**Vorlage: 08/SVV/1052**

**Herr Schröder** ruft TOP 2.2. und 2.3 auf und erteilt Herrn Lehmann das Wort.

**Herr Lehmann** informiert, dass man einen Sachstandsbericht zur Weiterführung der Entwicklungsmaßnahme Bornstedter Feld und eine Prognose bis 2015 erarbeiten werde. Dabei seien gesamtstädtische Beschlüsse, Gutachten und Leitbilder zu berücksichtigen. Die Prüfung gliedere sich in die Hauptpunkte Wohnen, Gewerbe, Handel, Soziale Infrastruktur und Bildung, Verkehr, Freiflächen und Denkmalpflege. Es seien Flächen- und Nutzungsbedarfe zu untersuchen. Dazu gehören die weiterführende Schule und Flächen für den Vereinssport. Ergebnisse werden voraussichtlich im IV. Quartal 2009 vorliegen und in den politischen Gremien diskutiert und abgestimmt werden. Zum Antrag der Fraktion FDP/Familienpartei „Weiterführende Gesamtschule im Potsdamer Norden“ gab es ein Ausschreibungsverfahren. Man habe sich mit dem Fachbereich Schule und Sport abgestimmt. Es gebe Vorschläge für die Rote Kaserne West und das Plangebiet Am Schragen, die man prüfen werde.

**Herr Utting** fragt, ob bei der Finanzierung ÖPP oder sonstige Förderprogramme Berücksichtigung fänden.

**Herr Lehmann** informiert, dass man noch nicht so weit sei. Er würde ÖPP nicht ausschließen. Förderprogramme werde man nutzen, soweit sie verfügbar seien. Er weist darauf hin, dass es für Entwicklungsmaßnahmen keine Förderung von Bund und Land gebe. Er bittet darum, sich im Antrag der FDP nicht 100 % tig auf Vereinssport und Schule festzulegen. Auf Grund der räumlichen Begrenzung sei es möglich, dass das Eine das Andere ausschließe, weil andere Gründe zu berücksichtigen seien. Auch Trennung sollte eine Option sein dürfen.

**Herr Utting** erklärt, dass es ein Prüfauftrag sei. Die Aspekte seien in die Prüfung einzubeziehen.

**Frau Ewers** erklärt, es gehe nicht, dass die Schule 2012/2013 erstmals anwählbar sei. Die Schule könne bis dahin nicht fertiggestellt werden und sie werde in dem Jahr auch noch nicht gebraucht. Der Bauausschuss habe sich auf 2014/2015 verständigt.

**Herr Utting** erklärt, dass er das als Antragsteller übernehmen könne.

**Herr Schröder** merkt an, dass man im Schulentwicklungsplan den Bedarf festgestellt habe. Der erste Absatz des Antrages könnte deshalb gestrichen werden. Auch der Antrag der CDU (DS 09/SVV/0247) sei zu ändern.

**Frau Ewers** bestätigt, dass man mit dem Schulentwicklungsplan bereits beschlossen habe, dass der Standort vorgehalten wird und dass eine Schule mit Sekundarstufe II errichtet wird. Damit wurde offen gelassen, ob ein Gymnasium oder eine Gesamtschule errichtet wird.

**Herr Schröder** lässt den geänderten Änderungs-/Ergänzungsantrag der Fraktion FDP/Familienpartei abstimmen.

**Beschlusstext:**

**Gemäß Schulentwicklungsplan ist im Bornstedter Feld für den Potsdamer Norden eine Schule mit Sek. II vorgesehen.**

**Um Synergieeffekte zwischen Schule und Vereinssport zu nutzen, soll bei der Standortfindung die Nutzung der Anlagen durch lokal ansässige Sportvereine von vornherein berücksichtigt werden. Die Errichtung eines Funktionsgebäudes für Sportvereine und ausreichende Freiflächen sind in die Prüfung miteinzubeziehen.**

**Die Schule soll für das Schuljahr 2014/2015 erstmals anwählbar sein.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

**zu 2.3 Neubau einer weiterführenden Schule an der Pappelallee**

**Vorlage: 09/SVV/0247**

**Herr Schröder** stellt den geänderten Antrag 09/SVV/0247 zur Abstimmung.

**Beschlusstext:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass im Rahmen der Fortschreibung der Planung für das Bornstedter Feld für den Neubau einer weiterführenden Schule eine Fläche vorgehalten wird. Die Fertigstellung der Schule ist zum Schuljahr 2014/2015 zu sichern.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**Dem geänderten Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

**zu 2.4 Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 09/SVV/0082**

**Herr Menzel** erklärt, dass er auf Grund des Ergebnisses im Workshop am 22.06.2009 den Antrag zurückstellen möchte, um ein neue Fassung anzubieten.

**Der Antrag wird zurückgestellt.**

**zu 2.5 ÖPNV Anbindung Forststrasse und Montessori Schule**

**Vorlage: 09/SVV/0352**

**Herr Menzel** bringt den Antrag ein. Nach seinen Informationen ist der Antrag durch Verwaltungshandeln als erledigt zu betrachten.

**Der Antrag ist durch Verwaltungshandeln erledigt.**

**zu 2.6 Nachhaltigkeitsbericht 2008 der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 09/SVV/0127**

**Herr Menzel** informiert darüber, dass am 29. und 30. Juni 2009 in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg eine Nachhaltigkeitskonferenz stattfinden wird. Es werden fünf Foren zum Entwurf Landesaktionsplan des Beirates für Nachhaltige Entwicklung angeboten. Diese beschäftigen sich mit den Themen Kita-Betreuung, schulische Bildung, Weiter- und berufliche Bildung, außerschulische Bildung und Hochschulbildung. Er werde daran teilnehmen und bittet, den Antrag zurückzustellen.

**Der Antrag wird zurückgestellt.**

**zu 2.7 Aufwertung Außengelände Humboldt-Gymnasium**

**Vorlage: 09/SVV/0147**

**Herr Utting** erklärt, dass er nicht umfassend mit dem Sachverhalt vertraut sei. Er

bittet den Antrag zurückzustellen.

**Der Antrag wird zurückgestellt.**

**zu 2.8 Filiallösung Humboldtgynasium  
bzgl. DS 09/SVV/0531**

**Herr Schröder** informiert über den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 03.06.2009. Demnach sollen Standorte für den Barackenstandort des Humboldtgynasium geprüft werden. Das Ergebnis sollte dem Bildungsausschuss vor der Sommerpause zur Kenntnis gegeben werden. Deshalb wurde dieser TOP auf die Tagesordnung genommen.

**Herr Richter** ist zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr anwesend.

**Frau Ewers** informiert, der KIS habe mitgeteilt, dass verschiedene Lösungen geprüft werden. Es sei nicht einfach, ein entsprechendes städtisches Grundstück zu finden.

**Herr Wollenberg** möchte wissen, wann mit dem Ergebnis zu rechnen sei.

**Frau Ewers** erklärt, dass das neue Schuljahr im September 2009 beginne. Bis dahin sehe sie keine Lösung.

**Herr Schröder** hält den Zeitpunkt 2009/2010 für unrealistisch.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich zu folgendem Beschlusstext:

**Geänderter Beschlusstext zu DS 09/SVV/0531:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zum Schuljahr 2010/2011 Standorte für eine temporäre Filiallösung als Ersatz für den maroden Barackenstandort des Humboldtgynasium zu prüfen. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 2009 zur Kenntnis zu geben.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 5  
Ablehnung: 0  
Stimmhaltung: 1

**zu 2.9 Mehr kommunale Verantwortung für Bildung  
Vorlage: 09/SVV/0137**

**Herr Schröder** informiert, dass eine neue Fassung des Antrages 09/SVV/0137 vorliegt.

**Frau Drohla** bringt den neuen Antrag der Fraktionen DIE LINKE, SPD, CDU/ANW, FDP/Familienpartei, Bündnis 90/Grüne ein. Frau Dr. Orłowski und sie haben am 13.05.2009 aus den ursprünglichen Anträgen der Fraktionen DIE LINKE und SPD einen gemeinsamen Antrag erarbeitet. Man sollte sich in einer Arbeitsgruppe zusammenfinden und ab Dezember Arbeitsergebnisse vorlegen.

**Neue Fassung des Antrages 09/SVV/0137:**

Um in der LHP die Bereiche Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen zu einem System integrierter Gesamtverantwortung zu entwickeln, wird der Oberbürgermeister beauftragt,

1. Eine Arbeitsgruppe unter ~~der Leitung~~ Einbeziehung des Fachbereiches

Schule und Sport zu gründen. Die Arbeitsgruppe versteht sich als öffentlich tagendes Gremium, das sich an folgende Gruppen, Einrichtungen und Organisationen richtet:

Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport und des Jugendhilfeausschusses der LHP, Vertreter der Kindertagesstätten, Schulen, Eltern-, Schüler- und Lehrerververtretungen, Fach- und Hochschulen, Vertreter des Staatlichen Schulamtes und des MBS.

2. Grundlage der Diskussion sind die Anträge der Fraktionen SPD und DIE LINKE 09/SVV/0137. Im Bereich der Schulen sollen u.a. die Erfahrungen Potsdamer Schulen aus den Modellprojekten MOSES und GANS einbezogen werden.
3. Die Erste Arbeitsergebnisse der AG werden im Dezember 2009 im Ausschuss für Bildung und Sport und im Jugendhilfeausschuss diskutiert und bilden die Grundlage für ein zu erstellendes „Konzept der LHP für Bildung, Erziehung und Betreuung in Kita's und Schulen“, das auch Positionen der LHP gegenüber dem Land Brandenburg beinhaltet.
4. Das Konzept ist im März 2010 vorzulegen und wird dem Land Brandenburg übergeben.

**Herr Schröder** meint, die AG sollte entscheiden, mit welchen Fragen aus den ursprünglichen Anträgen sie sich beschäftigen.

**Herr Engels** möchte wissen, was unter einem öffentlichen Gremium zu verstehen sei und welcher Personenkreis an der AG teilnehmen solle.

**Frau Drohla** erklärt, dass man nicht hinter verschlossenen Türen tagen solle.

**Herr Schröder** meldet Bedenken bezüglich der Terminsetzung an und schlägt vor, den Termin für das Konzept nach hinten zu verlegen. Er empfiehlt die Teilnehmerzahl so festzulegen, dass die AG arbeitsfähig bleibt. Bei Punkt 3 empfiehlt er statt „Die ...“ „Erste Arbeitsergebnisse ...“ zu formulieren.

**Frau Ewers** erklärt, dass sie in diesem Jahr noch die Schulwegplanung und den Medienentwicklungsplan vorzulegen habe. Sie sehe sich nicht in der Lage, die Leitung der Arbeitsgruppe abzusichern. Die angesprochenen Punkte betreffen Sachverhalte, für die Gesetzesänderungen des Landes erforderlich seien. Die Arbeitsinhalte entsprächen auch dem Bundesprogramm Lernen vor Ort. Sie habe die Mitteilung erhalten, dass die Landkreise Barnim und Elbe Elster für dieses Programm gefördert werden. Sie könne sich vorstellen, mit diesen Landkreisen in Erfahrungsaustausch zu treten.

**Frau Drohla** respektiere das Gesagte. Sie verweist auf einen Artikel der MAZ vom 08.05.2009, wo das Modell aus Bremerhaven vorgestellt wurde. Die AG müsse abtasten, was in Potsdam möglich sei. Es gebe vom Land viele gesetzliche Regelungen, die der Kommune Spielraum ließen. Sie lasse sich nicht mehr damit abweisen, dass es Landessache sei. Man könne auf den Antrag nicht verzichten.

**Herr Schröder** gibt Frau Ewers zu bedenken, dass man über das Machbare reden sollte.

**Herr Engels** fragt, ob es Sinn mache, auf Erfahrungen der Landkreise zurückzugreifen.

**Frau Drohla** verweist darauf, dass man in Potsdam bei frühkindlicher Bildung

schon viel erreicht habe. Sie ist mit der vorgeschlagenen Änderung zu Punkt 3 einverstanden. Bei Punkt 1 des Antrages könnte „der Leitung des Fachbereiches Schule und Sport“ durch „Anleitung...“ ausgetauscht werden.

**Frau Ewers** fragt, wer die fachliche Arbeit in der AG machen solle.

**Dr. Steinicke** erklärt, die AG könnte sich nach der Konstituierung zu ihrer Leitung verständigen.

**Herr Schröder** hält die Gründung einer AG für machbar. Verständigen müsse man sich zur Terminleiste. Die AG sollte unter „Einbeziehung“ des Fachbereiches Schule und Sport gegründet werden, was unter Punkt 1 so zu ändern wäre.

**Herr Menzel** meint, dass Jugendamt müsse stärker eingebunden werden.

**Frau Ewers** erklärt, es sei ein sehr umfassendes Projekt, welches in anderen Städten anders aufgestellt sei. Ihre Zeitressource lasse es frühestens im nächsten Jahr zu, sich damit zu befassen.

**Frau Dr. Orlowski** greift den Vorschlag auf, Referenten aus anderen Städten einzuladen, die das Projekt erproben, und im Ausschuss berichten zu lassen. Man könne erfahren, was sie machen und wie sie begleitet werden.

**Der Ausschuss für Bildung und Sport verständigt sich dazu, die DS 09/SVV70137 bis zum Vortrag eines Referenten zurückzustellen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

## **zu 2.10 Entlastung Karl-Foerster-Schule**

**Vorlage: 09/SVV/0504**

**Herr Utting** bringt den Antrag ein. Da die Ferien bevorstünden und man sich keine Sorgen über einen geordneten Schulbetrieb im neuen Schuljahr machen müsse, wolle er heute ein Votum darüber, dass die Räume in der David-Gilly-Straße zur Verfügung stehen.

**Frau Koblauch**, Schulleiterin der Karl-Foerster-Schule, erklärt, man wisse nicht, wo 2 Klassen unterzubringen seien. Die Schule habe die Mitteilung erhalten, dass die Raumnutzung in der Gilly-Straße nicht geklärt sei. Daraufhin habe man sich Räume im Technologiezentrum angesehen. Diese seien jedoch nicht geeignet. Am 07.07.2009 sei die Elternversammlung, bei der sie den Eltern eine Antwort geben müsse.

**Frau Ewers** verweist darauf, dass man im ständigen Gespräch sei. Das Technologiezentrum werde nicht weiter verfolgt. Zur David-Gilly-Straße könne heute keine Zusage erfolgen, weil das Gerichtsverfahren noch nicht abgeschlossen sei.

**Herr Utting** möchte wissen, was sei, wenn die Gerichtsentscheidung erst nach Schulanfang erfolge.

**Frau Ewers** erklärt, dass man dann einen kommunalen Hort betreiben müsse. Man müsse die Dinge vor den Ferien klären. Vor dem 07.07.2009 sei dies jedoch gegebenenfalls nicht möglich.

**Herr Menzel** äußert Bedenken, dass es nicht klappen könnte.

**Herr Engels** möchte wissen, ob eine Containerlösung geprüft wurde.

**Frau Ewers** führt aus, dass es diese Überlegungen gab und sie geprüft wurden. Es wäre zu teuer gewesen und sei auf dem Schulgelände nicht möglich. Alternative sei, die Bibliothek in den Hort zu verlagern, um dort eine Klasse unterzubringen. Außerdem biete der Landessportbund als Träger eines weiteren Hortes an, für eine Klasse Doppelnutzung zuzulassen. Das wäre die Notlösung. Die David-Gilly-Straße werde aber bevorzugt.

**Frau Knoblauch** informiert, Herr Pape vom Landessportbund habe nunmehr mitgeteilt, dass in seinem Haus keine Schulnutzung stattfinden könne.

**Frau Ewers** erklärt, der Fall liege beim Jugendamt. Sie habe die Hoffnung, den Eltern zur Elternkonferenz eine Antwort geben zu können.

**Herr Schröder** bittet darum, die **Mitglieder des Ausschusses für Bildung und Sport zum 07.07.2009 über die Lösungsvariante zu informieren** und lässt die DS 09/SVV/504 abstimmen.

**Beschlusstext:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob es geeignete Möglichkeiten gibt, den gegenwärtigen Zustand der Überbelegung der Karl-Foerster-Schule durch Bereitstellung zusätzlicher Räumlichkeiten im Bornstedter Feld kurzfristig abzustellen. In die Prüfung ist auch eine Nutzung der KITA in der Gillystraße und weitere Standorte einzubeziehen. Über das Ergebnis ist in der Stadtverordnetenversammlung am 02. September 2009 zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

**zu 3      Mitteilungen der Verwaltung**

Ab TOP 3 wird die Leitung der Sitzung von Frau Dr. Orłowski übernommen.

**zu 3.1    Information zum Aufnahmeverfahren LuBK, Ü 7 und Ü 11**

**Herr Bogel-Meyhöfer** informiert, dass zum Schuljahr 2009/2010 in der Landeshauptstadt Potsdam voraussichtlich an städtischen Schulen 1.141 Kinder in die 1. Klasse aufgenommen werden. Die durchschnittliche Klassenfrequenz wird 24 Schüler betragen. Für freie Schulen liegen die Informationen erst am 1. Schultag vor.

An städtischen Schulen wird es 4 Leistungs- und Begabungsklassen (LuBK) geben. Am 05.06.2009 wurden die Eltern über die Aufnahme informiert. Die Klassen werden mit 26 bis 28 Schülern beginnen. Das Schulamt erwartet zur Zeit die Widersprüche. Auswirkungen auf Grundschulen zeichnen sich bei der Grundschule Ludwig Renn für die Zusammenlegung von 3 auf 2 fünfte Klassen ab. An der Waldstadt-Grundschule zeichnet sich auf Grund der geringen Schülerzahl eine Zusammenlegung von 3 auf 2 fünfte Klassen ab.

Beim Übergang in Klasse 7 werden 1.256 Schüler aufgenommen. Das ist eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr (1.100 Schüler). An Gymnasien werden, wie geplant, 13 Klassen eingerichtet. Zusätzlich wachsen 3 Klassen als LuBK hoch. Am Einstein-Gymnasium werden 3 statt 4 siebente Klassen eingerichtet. Am Leibniz-Gymnasium werden auf Grund des Elternwunsches 5 statt 4 siebente Klassen eingerichtet. An Gesamtschulen werden 17 Klassen eröffnet. Zusätzlich wächst eine LuBK an der Voltaire-Schule hoch. Alle Kapazitäten an Gesamtschulen sind ausgeschöpft. (Steuben-Gesamtschule 5 Klassen, Lenné-Gesamtschule 4 Klassen, Voltaire-Gesamtschule 4 Klassen + 1 LuBK, Goethe-Schule 4 Klassen). Trotz Kapazitätserhöhung haben 90 Schüler keinen Gesamtschulplatz bekommen. Sie haben ein Angebot für eine Oberschule erhalten. 27 Elternhäuser sind mit der Zuweisung zur Oberschule, entgegen ihrem Wunsch, nicht einverstanden. Es ist mit ca. 20 Gerichtsverfahren zu rechnen.

Je Oberschule ist die Bildung von 2 Klassen vorgesehen. Aufgrund der Schülerzahlen wird man 9 bis 10 Klassen eröffnen müssen (Montessori Oberschule 2 Klassen, Fontane-Oberschule 2 + 1 Klasse, Käthe-Kollwitz Oberschule 2 Klassen, Coubertin-Oberschule 2 oder 3 Klassen). An freien Gymnasien werden in der Regel 3 Klassen eröffnet. Es ist davon auszugehen, dass alle Gesamtschulen einen 11 Jahrgang eröffnen werden.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**zu 3.2 Übersicht über die durchgeführten und noch zu beendenden Baumaßnahmen an Schulen im Rahmen Ganztags**

**Frau Ewers** übergibt eine Übersicht „Bundesprogramm Zukunft Bildung und Betreuung mit Stand 15.06.2009 an die Ausschussmitglieder.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**zu 4 Sonstiges**

**Herr Menzel** bittet um Informationen zur Nutzungssituation in der Turnhalle Babelsberger Park und zum weiteren Vorgehen zum Sportplatz und dem Kleinspielfeld an der Groß Glienicker Grundschule.

**Frau Ewers** erklärt, dass die sich Turnhalle im Babelsberger Park nicht in städtischer Trägerschaft befände. Sie könne dazu keine Aussagen treffen. Zum Sportplatz Groß Glienicke verweist sie auf das laufende Gerichtsverfahren, welches man abwarten sollte. Der Fachbereich Schule und Sport hält dazu mit dem Rechtsamt Verbindung. Herr Kaminski sei ebenfalls mit den entsprechenden Stellen in Kontakt.

**Herr Menzel** möchte, dass der Ausschuss für Bildung und Sport das Anliegen des Bolzplatzes in Groß Glienicke unterstütze.

**Frau Dr. Orlowski** geht davon aus, dass der Ausschuss Willens sei, den Antrag zu unterstützen. Da zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch kein aktueller Sachstand vorliege, schlägt sie eine Behandlung in der Septembersitzung vor.

Michael Schröder                      Dr. Manja Orlowski                      Gudrun Wildgrube  
Ausschussvorsitzender      Stellv. Ausschussvorsitzende      Ausschussbetreuerin

